

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Stabilisierung der Rohstoffmärkte - ein zentrales Problem

„Der Westen, die Sowjets und die Entwicklungsländer“ lautet das Thema eines außerordentlich interessanten Aufsatzes aus der Feder des vor allem durch seine Asien-Bücher bekannt gewordenen Publizisten *Tibor Mende* (*Dokumente*, Heft 2). Nach einer grundsätzlichen Einleitung über das Problem der sogenannten unterentwickelten Gebiete in unserer Epoche der „Entkolonisierung“ und nach einer Betrachtung über die Haltung der gebildeten Eliten der unterentwickelten Länder zu den Hilfsangeboten des Westens und des Ostens (auf diese an sich sehr wichtigen Kapitel von Mendes Betrachtungen können wir aus Raumgründen hier leider nicht eingehen) setzt sich der Verfasser kritisch mit dem ungenügenden

Umfang und den Fehlern der bisherigen westlichen Hilfsprogramme auseinander. Aus diesem Abschnitt zitieren wir folgende Sätze:

„Oft erzielte die westliche Hilfe nicht einmal bescheidene Resultate, weil ungeeignete Methoden angewandt oder schlecht ausgebildetes Personal eingesetzt wurde. Für jedwede soziale Arbeit im Mutterland ist eine Spezialausbildung erforderlich; aber nach Übersee schickte man Leute ohne die geringste Ausbildung in eine völlig fremde soziale Umwelt, in der sie noch dazu viel heiklere Aufgaben übernehmen sollten als je in ihrer Heimat. Zweitens waren die westlichen Hilfsprogramme direkt oder indirekt an das freie Unternehmertum gekoppelt. In den Entwicklungsländern sind heute aber selbst die Nicht-Fachleute davon überzeugt, daß allein eine staatliche Planung Fortschritte bringen kann . . . Ein drittes Hemmnis lag in der offenkundigen Tendenz gewisser Geberstaaten — vor allem des mächtigsten von ihnen —, ihre Hilfsangebote strategischen Überlegungen unterzuordnen oder gar von militärischen Gegenleistungen abhängig zu ma-

chen. Das mußte Mißtrauen und Feindseligkeit in jenen Ländern erregen, die vor allem ihre Unabhängigkeit kräftigen wollen . . . Nach zehnjährigen Experimenten und angesichts solcher materiellen und psychologischen Ergebnisse müssen wir uns doch fragen, ob nicht die ganze Konzeption unserer Wirtschaftshilfe falsch war.“

Mende plädiert dann „für eine völlig neue Konzeption der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Entwicklungsländern“ und fordert als erstes »nicht die Erhöhung der Auslandshilfe, sondern die Beschleunigung der eigenständigen Kapitalbildung“. Dabei müsse sich aber der Westen damit abfinden, daß die Entwicklungsländer „möglicherweise sozialorientierte politische Ordnungen für gut halten, die Zwangsmaßnahmen zur Förderung des Sparens und der Kapitalbildung anwenden“. Bisher habe der Westen seine Geldhilfen meist den sozial reaktionärsten Ländern zur Verfügung gestellt.

Mende verlangt, daß man die Idee der „Dollarspritze“ aufgebe und statt dessen „langfristige staatliche Planungen“ fördere, eine „großräumige Wirtschaftsplanung auf der Grundlage koordinierter nationaler Pläne“.

Aber auch die *politischen* Richtlinien müßten vollkommen korrigiert werden, im Sinne einer radikalen Trennung von Wirtschaftshilfe und strategischen Überlegungen: „Heute, da die Gefahr eines Weltkriegs ferner gerückt ist, kommt es mehr darauf an, die soziale Widerstandskraft jener Völker zu stärken, die revolutionären Versuchungen ausgesetzt sind, als ihnen kostspielige Waffen zu liefern, die doch keine Sicherheit gewähren. Die Errichtung moderner Flugstützpunkte in gewissen Ländern Asiens veranlaßt die Nachbarn automatisch, ihr Militärbudget zu erhöhen, und schwächte damit ihre soziale Widerstandskraft . . .“

Statt die Karte Asiens und des Mittleren Ostens mit fiktiven Militärallianzen zu übersäen, die unweigerlich den nicht beteiligten Staaten ruinöse Rüstungsaufgaben aufbürden, täte der Westen besser, in diesen Gebieten interne Nichtangriffspakte anzuregen und zu garantieren. Dann könnten dort überall bedeutende Summen der bisherigen Militärbudgets für Kapitalinvestitionen freigemacht werden.“

Alle Berichtigungen der westlichen Hilfsprogramme hätten aber nur dann Erfolg, „wenn man sie in den Rahmen langfristiger Pläne stellt“ und wenn man das Problem löst, „das allein über Erfolg oder Mißerfolg der Hilfsaktion entscheiden könnte: *die Rohstofffrage*. Von der Rohstoffausfuhr hängt die Prosperität oder gar die Existenz der meisten wirtschaftlich rückständigen Länder vollkommen ab. Für sie machen ein, zwei oder drei Produkte die Hälfte, ja bis zu zwei Dritteln ihrer Ausfuhr aus und decken fast den gesamten Import für den eigenen Verbrauch und

Wirtschaftsaufbau. Von Südamerika über Afrika bis in die entferntesten Winkel Asiens sind aber so gut wie alle Länder, die Rohstoffe exportieren, hilflos den Kursschwankungen des Weltmarktes oder ferner anonymer Börsen ausgeliefert. Ihre Wirtschaft und damit auch ihre Pläne sind auf Gnade und Ungnade unkontrollierbaren Entwicklungen unterworfen, die unter Umständen ihren Ruin bedeuten.“

Diesen für alle diese Länder zentralen Punkt der „chronischen Unsicherheit und Abhängigkeit“ von den oft katastrophal schwankenden Rohstoffpreisen belegt Mende mit einer Reihe charakteristischer Beispiele, um dann zu sagen: „Wir brauchen nicht zu beschreiben, wieviel Leid, Unsicherheit und politische Unruhe aus solchen Ereignissen (dem Zusammenbruch der Rohstoffpreise) resultiert. Jede langfristige Planung ist unmöglich, solange die Wirtschaft volkreicher Staaten derartigen Einbrüchen ausgesetzt bleibt, und jede westliche Hilfe muß wirkungslos bleiben, solange die heftigen Schwankungen der Rohstoffkurse auf dem Weltmarkt nicht reguliert werden. Die politischen Ziele der westlichen Hilfspläne müssen ein Wunschbild bleiben, solange nicht eine Macht oder Mächtigkeitsgruppe in der Lage ist, den Rohstoffexporteuren stabile Märkte anzubieten und sichere Erträge zu garantieren. Denn das ist die Grundbedingung für einen regelmäßigen wirtschaftlichen Fortschritt dieser Länder.“ Diesem Problem hätten die Industriemächte des Westens bisher kaum Beachtung geschenkt.

Nach dieser Feststellung fordert Mende die Aufstellung eines „Weltkontos“ *der Rohstoffe*: „Eine solche Bilanz würde uns erlauben, einerseits die Bedarfsmenge der Weltwirtschaft an den verschiedensten Rohstoffen und andererseits die Produktionsziffern festzustellen und für eine gewisse Periode voranzusehen. Auf dieser Grundlage könnten entweder die westlichen Industriemächte dazu übergehen, die ihren Bedarf überschreitenden Mengen einzulagern oder zu verteilen, oder sie könnten über eine zentrale Vermittlungsstelle den Erzeugerländern empfehlen, ihre Produktion zu drosseln und ihre Wirtschaft durch Überführung von Arbeitskräften auf andere Wirtschaftszweige zu stabilisieren . . . Neben der Atomenergie wird die Stabilisierung der Rohstoffmärkte den wichtigsten Faktor der politischen Entwicklung in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts bilden.“

Mende unterstreicht dann, daß „die sowjetischen Planwirtschaftler die Bedeutung dieses Problems erkannt haben . . . und in der Lage sind, stabile Märkte für viele Rohstoffe anzubieten, welche die wirtschaftlich rückständigen Länder bisher nicht verkaufen konnten. Die Sowjetunion verfügt damit über eine viel mächtigere wirtschaftliche Waffe als der Westen mit seinen Hilfsprogrammen.“

Es lohnt, auch noch die Schlußbemerkungen Mendes zu zitieren: „Der Westen kann seine schwachbrüstigen Hilfsprogramme weiterverfolgen, um sein Gewissen zu erleichtern und sich einzureden, er habe alles getan. Aber wenn er seine bloßen Reflexe der Selbstverteidigung und die unter Zwang vollzogenen Improvisationen ernstlich durch eine wohlgeplante Aktion ersetzen will, dann muß er auf dem wirtschaftlichen Feld, wo seine Überlegenheit bislang unbestritten ist, eine neue Politik einschlagen. Die wirtschaftlich rückständigen Gebiete der Erde sind eine unausweichliche Herausforderung an uns. In welcher Haltung wir ihr begegnen, davon hängt es ab, ob sich uns ganz neue Perspektiven eröffnen — oder ob wir alle Hoffnungen begraben müssen.“

Franco-Spanien auf dem Pulverfaß

In der Rubrik „Länder ohne Freiheit“ veröffentlicht *Freie Gewerkschaftswelt* (81) eine zusammenfassende Darstellung der tiefen Krise, in die Franco-Spanien geraten ist: „Es ist eine Krise des Regimes, die auf wirtschaftliche Beweggründe und die tiefe Unzufriedenheit in dem Großteil der Gesellschaftsschichten des Landes zurückzuführen ist. In der gegenwärtigen Stunde hat eine große Anzahl der Kräfte, die Franco unterstützt hatten, ihm nunmehr die Unterstützung entzogen.“

Zur Wirtschaftskrise wird u. a. gesagt: „Es gelingt der Wirtschaftspolitik des Regimes . . . nicht, die Produktion oder Produktivität zu steigern. Die industrielle Ausrüstung ist unpassend und altmodisch. Das Eisenbahnwesen befindet sich in einem chaotischen Zustand. Es fehlt an elektrischer Kraft . . . Hinzu kommt, daß die zunehmende Häufigkeit von Streiks und Sabotagehandlungen im Norden, in Katalonien und in gewissen Mittelmeerküstengegenden südlich Kataloniens weiterhin die Wirtschaft schwächt.“

Sehr bemerkenswert sind die folgenden Sätze aus einer gemeinsamen Erklärung der Kardinäle und Erzbischöfe Spaniens: „Wenn in irgendeiner Gesellschaft die allgemeine Politik die Arbeiterklasse auf die Dauer von den Profiten, die das Kapital anhäufen darf, ausschließt, ist eine solche Gesellschaft nicht auf christlichen Grundsätzen aufgebaut . . . Es gibt viele Menschen in der mittleren und Arbeiterklasse, denen es unmöglich ist, ihre dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, während eine gewisse Anzahl in unserem Volke sich Einkommen erfreut, die größer sind, als es je zuvor in unserem Lande der Fall war.“ Diese Erklärung wird mit Recht als „eine bedeutsame Warnung“ und ein „großer politischer Schaden für General Franco“ bezeichnet,

François Bondy, der neuerdings in Spanien war, berichtet über seine Eindrücke sehr interessant im Aprilheft der Zeitschrift *Forum*. Er zitiert Francos Bemerkung, die Umbildung

seiner Regierung habe einfach deshalb stattgefunden, „weil die Beamten der einzelnen Ministerien nach längerer Dienstzeit eine durchaus natürliche Ermüdung zeigen“ und bemerkt dazu: „Nicht wenige Spanier werden auf den Ausdruck ‚natürliche Ermüdung‘ mit einem Lächeln reagiert haben. Sie kennen die Zerwürfnisse unter den höchsten Schichten der Beamtschaft, die so tief gingen, daß mehrere Minister seit Jahren nicht mehr das Wort aneinander gerichtet haben. Sie wissen, daß der mit höchsten Auszeichnungen verabschiedete Handelsminister Arburua sich in den wenigen Jahren seiner Amtstätigkeit eines der größten Vermögen Spaniens, wenn nicht Europas geschaffen hat . . . Zusammenhänge zwischen Vermögenslage und politischem Einfluß beschränken sich gewiß nicht auf Spanien, aber sie erreichen hier ein ungewöhnliches Ausmaß.“

Bondy kommt dann auf eine Rede des neuen Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gual Villalbi, zu sprechen, eine „Analyse des spanischen Krisenzustands, die zweifellos die ehrlichste war, die ein spanischer Minister in den letzten 18 Jahren gegeben hat“. Bondy unterstreicht besonders, daß die so dringliche Modernisierung der Landwirtschaft fast völlig vernachlässigt wurde und daß die für Katalonien lebenswichtige Textilindustrie unter ihren veralteten Geräten leide; 13 vH der Webstühle seien älter als 50 Jahre, 50 vH älter als 25 Jahre: „Auf diese Weise erklärt sich das Geheimnis einer Industriefabrikation, die nichts einbringt, und das Paradox einer Wirtschaft, die trotz niedrigster Löhne mit höchsten Produktionskosten arbeitet.“

Abschließend konstatiert Bondy, daß die *Deflation* „ungleich größere politische Risiken mit sich bringt als die Inflation. Man muß zweifeln, ob die neue Beamtenschicht, die von einem aufgeblähten und unfähigen Verwaltungsapparat mehr gehemmt als unterstützt wird, ein so heikles Unternehmen erfolgreich durchführen kann. Hier fällt die finanzielle Krise mit der Autoritätskrise zusammen, und die verantwortlichen Führer sind sich des Mißtrauens, das sie umgibt, sehr wohl bewußt. Die natürliche Ermüdung' erstreckt sich nicht nur auf das Volk, sondern auf jene einflußreichen Schichten, die statt eines bloßen Wechsels in der ministeriellen Beamtschaft einen Wechsel des ganzen Systems herbeiwünschen . . . Immer größer wird die Zahl der Spanier, die der pseudomonarchistischen Maskerade eine legitime Monarchie vorziehen würden. Das wäre zwar keine Lösung, aber doch ein Ausweg; und in ihrem Schwanken zwischen dem Haß gegen die Diktatur und dem Wunsch, einen neuen Bürgerkrieg zu vermeiden, würde sich auch die republikanische Opposition mit . diesem Ausweg abfinden, wenn er nicht allzulange auf sich warten läßt.“

Dr. Walter Fabian